

## **Raus „aus der politischen Kraft der Mitte“! - Bemerkungen zur Kritik der neokonservativen Geschichtspolitik**

---

Prof. Dr. Eike Hennig, geb. 1943 in Kassel, Studium der Politikwissenschaft und Soziologie in Marburg und Frankfurt, 1973 Promotion (Dr. phil.) an der Universität Marburg, 1975 Ernennung zum Professor für das Fachgebiet Massenkommunikationsforschung an der Universität Frankfurt, 1976 Habilitation (TU Hannover) für das Fachgebiet Wissenschaft von der Politik, 1981 Ernennung zum Professor für Theorie und Methodologie der Politikwissenschaft an der Gesamthochschule Kassel.

„Heute kann man in Deutschland auf eine Weise von der Nation reden, die vor ein paar Jahren noch nicht möglich war. Im politisch-geistigen Spektrum verschiebt sich das, was man, leichtfertig mit dem Wort, als rechtsradikal abtun kann, eben nach rechts.“

(Bernard Willms, 1982)

Typisch für das Legitimationsangebot des politischen Historismus einer neokonservativen Geschichtspolitik ist es, daß in einem Atemzug *allgemein* die politisch und sozial unbestimmt gelassene „Barbarei der Vergangenheit“ (Kohl) beschworen wird, daß *konkret* aber die Entlastung von Auschwitz und Kriegsschuld annonciert wird, weil „wir alle“ die gesamte „Vergangenheit annehmen“ (Richard von Weizsäcker). Dieses Angebot richtet sich an diejenige Bevölkerungsmehrheit von 66 Prozent (laut einer Aliensbacher Umfrage vom März 1986), die - 40 Jahre nach Kriegsende - endlich einen „Schlußstrich“ ziehen möchte. Mit Hilfe dieses Argumentationsstiles ist und wird „alles“ möglich!

### Das traditionelle Geschichtsverständnis und seine Lücken

Im Unterschied zur neonazistischen Direktheit, die von der „Auschwitz-Lüge“ redet, wird das neokonservative Angebot in Form eines „Sowohl“ (von Trauer und Scham über die „Hitler-Barbarei“ ist die Rede) und eines „Als auch“ (die Befreiung „von den tausend Verstrickungen, die der totalitäre Staat geschaffen hatte“, wird von Helmut Kohl angesprochen) oder in vorsichtiger Frageform (Ernst Nolte) vorgetragen. Das neokonservative Geschichtsbild verbindet die historische Neuorientierung und Entlastung mit dem gegenwarts- und zukunftsbezogenen Versuch, die deutsche Frage wieder zu öffnen und die „Einheit der Nation“ zu betonen, mit dem erneuten staatspolitischen Votum für christliche Wertvorstellungen, mit dem Plädoyer für Sekundär-

tugenden (Leistung, Sorgfalt, Zuverlässigkeit), die den „Zukunftsentwurf der selbstbewußten Zuversicht“ (Kohl) stützen sollen.

Hinter dem Rücken der vortragenden Subjekte handelt es sich um ein umfassend angelegtes Projekt, dem eine ebenso umfassende, generations- und schichtenspezifisch ausdifferenzierte Kommunikationsstrategie entspricht: Alfred Dregger imd Franz-Josef Strauß wenden sich an ältere und vom Meinungsbild her „rechtere“ Revisionisten; Helmut Kohl spricht die wegen der „Gnade der späten Geburt“ biographisch unbefangene Bevölkerungsmehrheit an. Richard von Weizsäckers Ansprache vom 8. Mai 1985 faßt auf elaborierte Weise den traditionellen Konsens zusammen, integriert die intellektuelle und oppositionelle Öffentlichkeit und präsentiert sich gleichzeitig als Kontrastprogramm *und* als Bezugsrahmen; die Beiträge der Zeitgeschichtler und Publizisten „testen“ die Reaktion der Öffentlichkeit (insbesondere die Grenzen der Normalisierung und der Zumutbarkeit) und liefern (durch ihre Präsentation vor allem in der FAZ) Diskussionsimpulse für die Meinungsbildung in Teilen der gesellschaftlichen Funktionseliten.

In der *Gleichzeitigkeit* der gerade im Kontrast mit Kohl, Strauß und Dregger „fast Heinemannschen Rede“ (so urteilt - unberechtigterweise - Jürgen Habermas) des Bundespräsidenten, der weiten Öffnung für historischen Revisionismus (die zum Beispiel Nolte als wissenschaftliche Fragestellung vorträgt) und der politischen Betonung des Leitbildes „nationaler Identität“ liegt das Bedrohliche des neuen historischen Legitimationsversuchs. Der traditionelle Mehrheitskonsens wird nicht als hinfällig zurückgewiesen, sondern weiterhin als moralisches Versatzstück angesprochen und gleichwohl dadurch entscheidend neu akzentuiert, daß er in geänderte Legitimations- und politisch-publizistische Verwertungsbezüge einbezogen wird.

Grenzen *und* Möglichkeiten der traditionellen Mehrheitsmeinung lassen sich am Beispiel der Ansprache des Bundespräsidenten vom 8. Mai 1985 „Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ aufzeigen. Innerhalb eines Jahres erreicht diese im In- und Ausland gelobte Rede eine „Bestsellerauflage“ von fast 1,5 Millionen Exemplaren.

Diese Rede veranschaulicht Ausblendungen und Personalisierungen („Hitler die treibende Kraft“ - „Es war Hitler, der zur Gewalt griff“) sowie die mangelnde interessensoziologische Bestimmung der gesellschaftlichen Trägergruppen des „nationalsozialistischen Regimes“, der „deutschen Führung“, des „menschenverachtenden Systems der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ und des Massenwahns. Unbestimmt bleiben auch Weizäckers Aussagen über „das Volk“.

Neben diesem konservativen Muster zeigt Weizsäcker aber auch die kritischen Möglichkeiten des vor-revisionistischen Geschichtskonsenses auf. Dies bezieht sich auf die Charakterisierung des 8. Mai 1945, auf die vollständige Aufzählung der Gruppen von Leidtragenden, auf die gegenwartsbezogene

Wirkung der Vergangenheit. Weizsäcker betont ferner die Mahnung zur außenpolitischen Aussöhnung und zum historischen Dialog zwischen den Generationen.

Die mangelnde Bestimmung nationalsozialistischer Macht im Bezugsgeflecht gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse und traditioneller Machteliten ebenso wie der primär moralisch, weniger aber demokratietheoretisch und analytisch angesprochene „Neubeginn“ bezeichnen typische Ungenauigkeiten dieses vor-revisionistischen Verständnisses.

#### Politischer Impuls und wissenschaftliche Fragen

Den Stil und damit auch die politisch-kulturellen Implikationen des politischen Historismus charakterisiert es, daß er sich die mangelnde Konkretheit des „herrschenden“ Nationalsozialismusverständnisses zunutze macht. Von besagten Auslassungen aus wird die Öffentlichkeit (nicht aber die wissenschaftliche Seite) mit charakteristischen Fragen konfrontiert, wobei den Fragen die *Tendenz* einer Interpretation hin zur „Normalisierung“ des Geschichtsverständnisses innewohnt. Eine „nicht nur leidvolle Geschichte“ und „eine offene Zukunft“ (Stürmer) werden zusammengefaßt, ohne daß sich die beteiligten Wissenschaftler (besonders Andreas Hillgruber und Ernst Nolte) und Publizisten (besonders Joachim Fest und Michael Stürmer) bezüglich der neuen Bewertung eindeutig hervortun. Die objektiven Interpretationsmöglichkeiten und Tendenzen ihrer Fragen können die wissenschaftlichen „Vordenker“ des politischen Historismus zurückweisen; selbst die am Projekt beteiligten Politiker nutzen den nicht abgebrochenen Bezug vom vor-revisionistischen Konsens aus, um ihren Beitrag zur neuen „Normalität“ wieder abzuschwächen, wenn die öffentlichkritische Resonanz dies angeraten erscheinen läßt.

Es charakterisiert den politisch-historischen Stil, daß die beteiligten Wissenschaftler und Publizisten ihre Optionen als *latenten* Inhalt vortragen, daß sie, gespielt naiv, vieldeutige, nur im größeren Zusammenhang sich klärende Fragen einführen. Anstatt bewußte analytische Aussagen vorzutragen, anstatt den Versuch einer Kontrolle der vorwissenschaftlichen Aussagegehalte ihrer Fragen zu unternehmen, begreifen die akademischen Stichwortgeber Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit als Befreiung von den Konsequenzen ihrer bewußt vieldeutig-fragend vorgetragenen Aussagen und Gesamtinterpretationen. Mit dem politischen Kontext und mit den legitimatorischen und entlastenden Deutungsmöglichkeiten ihrer Fragen wollen diese Wissenschaftler dann nichts zu tun haben.

Die Fahne wird geschwenkt, wenn sich daraufhin die Heerhaufen sammeln, will der wissenschaftliche Fahnenträger von der Wirkung seiner Zeichen nichts mehr wissen und beruft sich auf seinen angeblich praxisfernen wissenschaftlichen Status. Wie scharf ist dagegen von konservativer Seite auf die Rolle von „Schreibtischtätern“ und „Sympathisanten“ hingewiesen worden,

als aus ihrer Sicht die Bezüge zwischen Linksterrorismus und kritischer Sozialwissenschaft charakterisiert werden sollten!

Die besondere Vermischung der reklamierten Wissenschaftsfreiheit mit der Formulierung nicht-analytischer, interpretationsfähiger Aussagen und mit dem politischen Opportunitätsprinzip charakterisiert den Stil des neuen politischen Historismus. Die neokonservativen „kleinen Schritte“ unterscheiden sich dadurch vom rechtsextremen „großen Sprung“, von der zum Beispiel für Autoren wie Hoggan, Irving, Diwald und Willms charakteristischen Bekennerhaltung, daß der „Ort des Nationalsozialismus“ durch Zurückweisung einer „Singularität der Nazi-Verbrechen“ sowie durch „Normalisierung“ des Geschichtsverständnisses und des Verhältnisses von Deutschen und Juden neu bezeichnet werden soll.

Die wissenschaftlichen Teilnehmer am Projekt des politischen Historismus haben ein Wissenschaftsverständnis, das von Erkenntnistheorie, Methodologie und Wissenschaftssoziologie ungetrübt ist. Nachdem sie mit „deutlichen Akzenten“ (Andreas Hillgruber) - wenngleich in sibyllinisch andeutender Form - wissenschaftlich legitime, bezüglich ihrer politischen Verwertbarkeit aber völlig ungeschützte Fragen und Thesen vorgetragen haben (und sich dabei solcher öffentlicher Medien bedienen, die auf politische Urteilsbildung und Politisierungen, nicht aber auf wissenschaftlichen Diskurs abzielen), beanspruchen sie „nüchtern“ (Hillgruber) das Recht, im Sinn des Erkenntnisfortschritts als Wissenschaftler jede Art von Fragen stellen zu können.

Jürgen Habermas dagegen wird als Gesinnungspolizist apostrophiert, er bedrohe zusammen mit Rudolf Augstein „unseren wissenschaftlich-politischen Pluralismus“ (Immanuel Geiss). Diesen Kritikern wird die Gleichsetzung der politischen Wirkung mit der wissenschaftlichen Absicht, eine wissenschaftliche Auseinandersetzung herbeiführen zu wollen, vorgeworfen! Ein derartiger Vorwurf wäre dann zutreffend, wenn die Fragesteller selbst den Versuch unternommen hätten, den wissenschaftlichen Charakter ihrer Fragen, Assoziationen und Prophezeiungen so weit wie möglich festzuschreiben. Dazu wäre es notwendig, die wissenschaftliche Legitimation der aufgeworfenen Fragen vor dem bisherigen Forschungs- und Diskussionsstand auszuweisen (das ist nicht geschehen, und der Revisionismus, was etwa Karl-Dietrich Bracher deutlich ausspricht, ist inhaltlich nicht neu) und es wäre eine solche Diskussions- und Präsentationsform zu wählen, die die Denkanstöße möglichst lange im wissenschaftlichen Zusammenhang beläßt. Diese versuchte Kontrolle der Aussagen ist ein Erfordernis wissenschaftlicher Ethik. Es ist zynisch (aber politisch) anzunehmen, Sozialwissenschaftler oder Historiker könnten in jedem Zusammenhang, zu jedem Thema jede Art von Fragen stellen. Der Stil des politischen Historismus schwankt bewußt zwischen „Aufklärung“ und „Meinungsbildung“, zwischen Frage und Aussage. Dieses Stilmittel erlaubt es, den Kritiker ins Leere laufen zu lassen. Packt er einen Autor bei den „deutlichen Akzenten“, dann verweist der auf den „nüchternen“ Hauptteil. Beliebig werden die Ebenen von Wissenschaft und Politik, Diskurs

und Meinungsbildung, analytischen Fragen nach neuen Sichtweisen und der neokonservativen Wirkung eines neuen Legitimationsentwurfs gewechselt und gegeneinander ausgespielt.

Wissenschaftler und Politiker können der Kritik am politischen Historismus ferner begegnen, indem sie darauf hinweisen, daß zu dessen Aussagen immer auch die traditionellen Schuldbekennnisse gehören. Wenn Strauß „die ewige Vergangenheitsbewältigung“ als Lähmung brandmarkt, dann gilt dies nur für eine „ewige“ Bewältigung und ändert nichts an dem bei gleicher Gelegenheit ausgesprochenen Bekenntnis zur ganzen Geschichte („... wir können nicht aussteigen aus unserer Geschichte, wir können auch nicht die guten Kapitel raussuchen und die schlechten Kapitel rausreißen“).

In einem solchen Stil der Andeutungen und der Vagheit kann alles gesagt werden. Die Vieldeutigkeit des Arguments und die Unkontrolliertheit der Argumentationsform ermöglichen es, jede Kritik zurückzuweisen. Solche Art der Vieldeutigkeit ist die Form, in der, ohne rechtsextrem oder neonazistisch Anstoß (im Ausland) zu erregen, die neue Akzentuierung des Mehrheitskonsenses und des Zielwerts der nationalen Identität vorgenommen werden kann.

#### Neokonservativer Historismus und Historisierung

Die bisher erarbeitete Kritik des politischen Historismus läßt sich dahin gehend zusammenfassen, daß gewichtige Impulse einer bisher rechts-randständigen Minderheitenmeinung im Rahmen des Dreischritts „Erinnerung, Trauer und Versöhnung“ und im Rahmen der „Historisierung“ in die politisch-publizistische Mehrheitsmeinung Eingang finden. Die veröffentlichte Meinung der Leitartikel und fachwissenschaftlichen Beiträge entwickelt mehrheitlich eine „Schweigespирale“ bzw. ein politisch-wissenschaftliches Meinungsklima zuungunsten faschismustheoretischer, antifaschistischer (verstanden als radikale Weiterführung nicht-nazistischer) und sozial-demokratischer Positionen und Begriffe. Für Michael Stürmer beispielsweise ist Antifaschismus nurmehr eines der „Gespenster (...) der Vergangenheit“, worauf er in einem FAZ-Leitartikel (vom 25. 4. 1986) und - ohne Hinweis auf das Selbstzitat - nochmals in einem Leitbeitrag zum „Parlament“ (vom 17./24. 5. 1986) hinweist.

Die Radikalisierung des traditionellen Geschichtsverständnisses durch die neokonservative Geschichtspolitik stößt bei Durchsetzung ihres Hegemonieanspruchs auf die „Bedenken“ (Martin Broszat) moderat-pluralistischer Historiker und auf die Kritik einer kritisch-sozialwissenschaftlichen Geschichtswissenschaft, Sozialforschung und Geschichtsphilosophie. In diesem Ringen der Meinungspositionen (auch um materielle Gratifikationen) bewirkt der politisch-publizistische Rückhalt des politischen Historismus, daß konträre Positionen öffentlich sichtbar mißbilligt (ja: diskreditiert) werden. Erstmals seit der Studentenrevolte Ende der sechziger Jahre und seit der Diskussion um die 17. Grundgesetzänderung 1968 („Notstandsgesetze“) hat die

neokonservative Geschichtspolitik jedoch wieder ein öffentliches Interesse an Zeitgeschichte erweckt. Die Betonung liegt dabei auf der Öffentlichkeit des Interesses an Geschichte. Zugleich (und dies ist ein wichtiges politisches Motiv neokonservativer Geschichtspolitik) reagierten „Historisierung“ und politischer Historismus auch auf die Ausbreitung der informellen, an der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit vorbei wirkenden Geschichtsbewegung „von unten“. Diese alternative Geschichtsbewegung unterwandert vor Ort das traditionelle Geschichtsverständnis und produziert als „linke Heimatgeschichte“ neue Geschichtsdeutungen, die auch auf die von Brecht geschilderten Fragen eines denkenden Arbeiters eingehen. Diese alternative Geschichtsbewegung hat ihre Stärke jedoch nur vor Ort, beschränkt sich darauf, dort zu graben, wo sie steht, und sucht wenig Zugang zu überregionalen Massenmedien und zu den Machtstrukturen und Machthabern der Republik.

Die sich herausbildende „Schweigespurale“ macht es notwendig, in den Prozeß der Präsentation der öffentlichen Meinung *organisiert* einzugreifen, um den Druck gegenüber faschismustheoretischen Positionen zu verringern und um Druck gegenüber der sich bildenden „Normalität“ auszuüben. In diesem Sinn sollte versucht werden, den Vorstoß des politischen Historismus zu nutzen. Während die „Holocaust“-Vorführung 1979 eher das traditionelle Geschichtsbild stabilisiert und aktiviert hat, ermöglichen es die neuen Akzentsetzungen, den „Ort des Nationalsozialismus“ auch kritisch zu bestimmen. Die Frage, ob diese Situation in Ausnutzung ihrer Ambivalenz auch für die Revitalisierung eines demokratie- und faschismustheoretischen Deutungsmusters fruchtbar gemacht werden kann, richtet sich vornehmlich an SPD und Gewerkschaften (aber auch an die „Grünen“) als die aus ihrer eigenen politisch-organisatorischen Geschichte heraus „geborenen“ Träger eines kritischen Faschismusverständnisses und eines demokratischen „Abwehrkampfes“ zum sozialen Ausbau politischer Demokratie.

Öffentliches Interesse an der gesellschaftswissenschaftlichen und geschichtsphilosophischen Einordnung des Nationalsozialismus wird erst durch die neuerliche Thematisierung wieder geweckt. Aufgabe von demokratischen Sozialisten und republikanischen Bürgern ist es, dieses neu entfachte Interesse zu nutzen, um faschismustheoretische und antifaschistische Argumente ebenfalls in die öffentliche Diskussion einzubringen. In dieser Hinsicht bieten die neokonservativen Bemühungen um ein historisches Deutungs- und Legitimationsmuster eine Chance, welche die „demokratische Mitte“ und „sozialistische Linke“ der Bundesrepublik aus eigener Kraft und angesichts ihrer offenkundigen Probleme beim Zugang zu Machthabern und zu Meinungsführern nicht hätten gestalten können. (Jedenfalls zeigt seit Anfang der siebziger Jahre die Entwicklung der Nationalsozialismus-/Faschismusanalyse mit dem durch Stichworte wie Hitlerzentrik, Lokal- und Alltagsfixiertheit angedeuteten Verzicht auf eine [kritisch-gesellschaftstheoretische Sichtweise, daß ein linker und demokratischer Faschismusdiskurs kaum nennenswerte Beiträge zu aktuellen Fragen des Neokonservatismus, des Rechtspopu-

lismus, der Neuen Rechten oder auch des Neonazismus liefert. Kritische Faschismusanalyse zieht sich zumeist auf sterile „sowjetmarxistische“ Beschwörungsformeln und versäulte Wirkungsbereiche - beispielsweise in Teilen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit - ohne öffentlich spürbare Publikumswirksamkeit zurück.)

Die als Kritik der Faschismusanalyse einsetzende Verwissenschaftlichung des Nationalsozialismus - in den Händen der Zeitgeschichte - hat dazu geführt, daß eine „Historisierung“ dem Forschungsgegenstand zwar differenzierte Einsichten abgewinnt, damit aber einen auch politisch wirkenden Gesamtbegriff auflöst. Die „Normalisierung“ des Themas als Forschungsobjekt bereitet die Sichtweise politischer „Normalität“ vor. Nationalsozialismus ist nichts Besonderes mehr (obwohl in den siebziger Jahren gerade Zeitgeschichtler wie Bracher, Nolte und Winkler gegen die allgemein-politische und komparative Stoßrichtung sozialwissenschaftlicher Faschismusanalysen für „Singularität“ gestritten haben<sup>1</sup>), auch seine politische und moralische Aura löst sich im Zugriff eines verstehenden Historismus auf. Nationalsozialismus wird einer der üblichen Forschungsbereiche, denen der Forscher mit den üblichen „Standards“ an Methoden, Reflexivität und politischer Zurückhaltung gegenübertritt. Diese Haltung des zeitgeschichtlichen „mainstream“ läßt sich am Beispiel von Martin Broszats „Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus“ (1985) beobachten.<sup>2</sup>

Broszat ist zunächst zuzustimmen. Selbstverständlich kann Nationalsozialismus-/Faschismusanalyse nicht als moralische Beschwörung und/oder politischer Aufruf betrieben werden. Der Gegenstand ist aber nicht nur normal. Gerade aus deutscher Sicht ist er eine *besondere* und *umfassende* Zuspitzung des Vernichtungspostulats gegen Befreiungsprozesse, die eine *besondere* und auch eine *besondere politische* Verantwortung des Wissenschaftlers beinhaltet, die zur üblichen Kompetenz und Verhaltensweise hinzutreten muß.

Nationalsozialismus-/Faschismusanalyse muß diese Gratwanderung zwischen „Politik“ und „Wissenschaft“ suchen, um *bewußt* analytische Befunde auch in handlungs- und sinnstiftende öffentliche Diskussionen einmünden zu lassen. Die jeweilige Rolle als „wissenschaftlicher“ oder „politischer Diskutant“ beziehungsweise der Hinweis auf eine „wissenschaftliche Erkenntnis“ oder auf eine daraus gezogene „politische Konsequenz“ muß klar erkennbar sein. Zeitgeschichte verlangt deshalb ein hohes Maß an Selbst-Reflexivität. Ohne derartige Transparenz, das heißt ohne den *bewußten* (etwa im Sinne Max Webers betriebenen) Unterscheidungs*versuch* der sachlich miteinander ver-

---

1 Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen um Faschismus. Totalitarismus, Demokratie*, München 1976, S. 18 ff.; Heinrich August Winkler, *Revolution, Staat, Faschismus*, Göttingen 1978, S. 65 ff. Von Ernst Nolte vgl. eine Sammlung von FAZ-Beiträgen der Jahre 1977/78, die sich als direkte Vorwegnahme der heutigen Debatte u. a. mit Frageverboten und der Singularität des Nationalsozialismus befassen: *Was ist bürgerlich?* Stuttgart 1979, bes. S. 56 ff., 88 ff., 134 ff., 238 ff. Vgl. auch die scharfe Trennung zwischen italienischem Faschismus und deutschem Nationalsozialismus bei Renzo de Feiice (*Der Faschismus*, Stuttgart 1977, bes. S. 46f., 48,69, 89 ff.).

2 Abgedruckt in Martin Broszat, *Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte*, München 1986.

bundenen Bereiche „Politik“ und „Wissenschaft“ wirkt sich die ambivalente Ausgangslage der „Historisierung“ beziehungsweise Verwissenschaftlichung des Forschungsthemas Nationalsozialismus affirmativ aus. Die nicht zur Sprache gebrachten „politischen“ Einbindungen des Forschers in soziale Bezüge und Deutungsmuster herrschen dann vor gegenüber den „wissenschaftlichen“ Erkenntnissen und Fragen.

Aus einer Haltung der Verpflichtung zur historischen Wahrheit (die es als solche gar nicht gibt!) wird der Nationalsozialismus entfaschisiert; er ist nicht mehr nur „Geschichte der politischen Diktatur“, sondern „auch deutsche Geschichte, die vorher anfang, die NS-Zeit durchlief und nachher weiterging . . .“. Abgesehen vom unpräzisen Zungenschlag (an den neokonservative Geschichtspolitik anschließen kann) und von der wissenschaftlich trivialen Feststellung, daß verschiedene Gegenstandsbereiche durchaus verschiedene Charakterisierungen von Teilbereichen des Gegenstands erfordern, verdeutlicht Broszat das Dilemma derartiger zeitgeschichtlicher Differenzierung. Die klassisch-bürgerliche Beschränkung des Gegenstandes Nationalsozialismus auf Terror und Diktatur wird als „eine falsche negative Zentralstellung in der deutschen Geschichte“ aufgegeben (nicht-bürgerliche Diskussionen der faschistischen Massenbasis und der Bündnisstruktur des Macht- und Herrschaftssystems werden nicht aufgegriffen), und schon beginnt, beziehungslos nebeneinander, die „Hinwendung zu Authentizität und Konkretheit auch des Moralischen in der Geschichte.“

Dieser verstehende Zugriff stellt Themenaspekt neben Themenaspekt. Ein *Zusammenhang* der Teilbereiche löst sich in „punktuellen Einzelbeispielen“ auf; nach Totalität wird nicht mehr gefragt. (Selbst)Kritisch merkt Broszat an, daß „eine ‚neue Sachlichkeit‘ des Gesamtbildes“ noch nicht gefunden worden ist: „Aus der Geschichte der nationalsozialistischen Diktatur ist noch keine Geschichte der nationalsozialistischen Zeit geworden.“

Indem die „Historisierung“ auf eine Totalitätsperspektive verzichtet beziehungsweise eine Möglichkeit zur begrifflichen Zusammenfassung nicht mehr oder noch nicht sieht (Broszat läßt diese Alternative offen), sich gleichwohl aber als eine verabsolutierte Aufmerksamkeitshaltung, Zugriffsweise und Strukturierung des Themenfeldes präsentiert, ermöglicht es diese Haltung, eine entlastende Schulddiskussion zu führen, die das Geschichtsbild normalisiert, dem Nationalsozialismus seinen Verpflichtungscharakter nimmt.

Die Frage nach der Schuld politischer Systeme kann nur eine „falsche“ Entlastung bringen. Bei gehöriger Nach-Sicht kommt (quasi selbstverständlich) heraus, daß jede Nation ihr Auschwitz, Oradour, Lidice, Armenien, Archipel Gulag, Little Rock, Vietnam, Algerien . . . aufweist. Diese Fragestellung bestärkt letztlich die Selbstgerechtigkeit, sich bestenfalls als Gleicher unter Gleichen in einer schlechten Welt voll negativen menschlichen Handelns zu begreifen. Die politisch und erkenntnistätig entscheidende Frage nach der analytischen Klärung der in Deutschland wirkenden Vorurteile und Aggres-



sionen, die das besondere nationalsozialistische „Vernichtungspostulat“ (Nolte) hervorgebracht und durchgesetzt haben, sowie nach den politisch-sozialen Verhaltensdimensionen, Institutionen und Normen der Aufhebung (oder zumindest Kaltstellung) dieser politisch wirksam gewordenen Bedingungen wird dagegen verdrängt. Dennoch ermöglicht der politische Historismus auch eine Wende zur Gesellschaftskritik und zum Erkennen der politischen Besonderheit des Nationalsozialismus.

#### Politischer Historismus, Faschismusanalyse und soziale Demokratie

Die Frage nach der Beziehung von „deutscher Geschichte“ und „NS-Zeit“ beinhaltet auch die Frage nach einem deutschen Sonderweg, nach dem besonderen Verhältnis von deutschem Bürgertum, Oberschichten und Funktionseleiten zur politischen Demokratie. Die neokonservative Zurückweisung der Totalkritik und des einzigartigen Status jener singulären Barbarei sowie die Forderung nach „Normalisierung“ und „Historisierung“ ermöglichen es, die strukturellen Bezüge von bürgerlicher Gesellschaft, besonderen politischen Kontextbedingungen und Faschisierungsprozessen (der „Machteinsetzung“) zu analysieren. Solche Möglichkeiten der Wende zur Gesellschaftskritik mit einer historisch-faschismustheoretischen Dimension gilt es offensiv zu nutzen, um den Hegemonieanspruch neokonservativer Geschichtspolitik zurückzuweisen.

Nach 1922, 1930, 1933, 1945 und 1968 stellt sich Mitte der achtziger Jahre nochmals die Frage: „Was heißt und zu welchem Ende studiert man Faschismus?“ (wobei bewußt auf die emphatisch und hoffnungsfreudig gehaltene aufklärerische Formulierung Friedrich Schillers aus dem Jahr 1789 zurückgegriffen worden ist). Wenn diese Fragestellung aufgenommen wird, dann ist - ebenso wie insbesondere 1922 und 1933 - „Selbstkritik links“ (Kurt Hiller) am Platz. Der in seiner Ausgestaltung und Durchsetzung begriffene neokonservative Legitimationsentwurf muß so kritisiert werden, daß kein dogmatischer Kanon traditioneller Sichtweisen und „sowjetmarxistischer“ Vorverurteilungen, sondern daß ein Pluralismus demokratischer und demokratisch-sozialistischer Positionen und Begriffe dagegen gestellt wird.

Angesichts der Radikalität neokonservativer Geschichtspolitik greifen beispielsweise die von Jürgen Habermas und Annette Kuhn<sup>3</sup> vertretenen Positionen des „Verfassungspatriotismus“ und der „kritischen Aneignung eines nationalen Identitätsbewußtseins“ zu kurz: Nicht allein „Verfassungspatriotismus“, sondern der „Kampf um Verfassungspositionen“, die Rekonstruktion der Offenheit des Grundgesetzes, eine Öffnung der politisch-sozialen Realität - keine „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, sondern eine selbstkritische Klärung, woher die mangelnde

---

<sup>3</sup> Vom „Verfassungspatriotismus“ schwärmt erstmals Dolf Sternberger. Vgl. Jürgen Habermas, „Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung“, in: Die Zeit v. 11. 7. 1986; Annette Kuhn, „Wem gehört die Deutsche Geschichte? Eine notwendige Diskussion zu einer falsch gestellten Frage“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 31 (1987), H. 1, S. 25-32.

Attraktivität und Ausstrahlungskraft einer demokratisch-sozialistischen Perspektive rührt, wie das Orientierungsbedürfnis (das sich in „falscher“ Form im Neokonservatismus artikuliert) selbstbewußt zu organisieren (und nicht nur zu verwalten und zu mobilisieren) ist, so könnten die Perspektiven lauten. Es ist bemerkenswert, daß Habermas die von Nolte und Fest vorgetragene Kritik an der Einzigartigkeit nationalsozialistischer Verbrechen nicht mit der Erinnerung an faschismusanalytische und geschichtsphilosophische Bemühungen der „Frankfurter Schule“ verbunden hat. Diese aber wäre eine „progressive“ Form, die „Normalität“ des Nationalsozialismus im Kontext deutscher Sozialgeschichte zu bestimmen.

Die Formel von der „Singularität der deutschen Entwicklung“ zieht in der Tat tabuisierende Grenzen und markiert die besondere Verpflichtung deutscher Politik zur „Wiedergutmachung“ und „Aussöhnung“. Diese Formel mag Habermas deshalb schutzwürdig erscheinen (wenngleich es objektiv ein Zeichen nicht-aufgeklärter Politik ist, auf Tabus zu setzen). Dennoch ist gerade diese Formel jeder materialistischen Faschismustheorie *grundsätzlich* fremd. Diese Theorien analysieren Faschismus *im* Zusammenhang mit der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Ökonomie. Diese Breite des theoretischen Bezugs meinte Max Horkheimer, als er sein viel zitiertes (oft ökonomistisch falsch-verkürzt aufgefaßtes) Gebot formuliert: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ Auch Hannah Arendts Sichtweise der „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ sowie der „Banalität des Bösen“ bezieht das „Nazi-Deutschland“ und dessen SS-Aktivisten in den Kontext der bürgerlichen Geschichte und Gesellschaft ein.

Faschistische Ungeheuerlichkeit zu relativieren und durch Bezüge zur Geschichte bürgerlicher Gesellschaften und zur Sozialgeschichte politischer Philosophien (wie der des Liberalismus) begrifflich faßbar und geschichtsphilosophisch bewertbar zu machen, charakterisiert den theoretischen Totalitätsanspruch gerade der „Frankfurter Schule“.<sup>4</sup> Faschismusanalyse wird Gesellschaftskritik, und dies ist eine Möglichkeit, die Singularitätsthese von „links“ aufzuheben. In der politischen Kultur der bundesrepublikanischen Gegenwart ist diese Sichtweise nicht vorherrschend, was aber nicht erklärt, warum Habermas an diese Tradition nicht erinnert.

Die Ausrichtung der Analyse des Nationalsozialismus und der Frage nach demokratiegefährdenden Kontinuitätsbezügen an der Verbindung von „autoritärem Charakter“, „autoritärem Staat“ und der „totalitären Form des Staatskapitalismus“ kann als kritisches Gegenmodell zur neokonservativen Geschichtspolitik angesprochen werden. Gegenüber den Postulaten zur „Normalisierung“ des Geschichtsverständnisses und gegenüber dem politisch kulturellen Ausrichtungsversuch der nationalen Identität sind jene geschichtsphilosophischen Anregungen in Analysen und politische Diskussionsanstöße

---

<sup>4</sup> Vgl. Michael Wilson, Das Institut für Sozialforschung und seine Faschismusanalysen, Frankfurt/New York 1982. Zum Programm einer entsprechenden totalitätsbezogenen Analyse vgl. die knappe Notiz in Erich Fromm, Die Furcht vor der Freiheit, Frankfurt 1966, S. 204.

zu übersetzen, nach denen Faschismus „die Wahrheit der modernen Gesellschaft“ ist beziehungsweise die „liberalistische Denkart“ nicht als Gegenmittel taugt.<sup>5</sup>

Gegen die Leitlinien des Neokonservatismus - in Form der negativen Anthropologie und des autoritären Freund-Feind-Verhältnisses, der Wirtschaftsfreiheit, Staatssubvention, angebotsorientierten Wirtschaftsphilosophie und einer Balance von Subsidiarität und staatlich verwalteter „Daseinsfürsorge“ - sind die Teilnahme- und Teilhabemöglichkeiten *sozialer Rechtsstaatlichkeit* herauszustellen. Das Auseinanderfallen aller wirtschaftlicher und politischer Macht sowie der inhaltlich bestimmte Kampf der „Wirtschaftsleiter“ um das politische Kommando wurden von Hermann Heller<sup>6</sup> in den Mittelpunkt seiner antiliberal *und* antifaschistisch begründeten Sozialstaatsidee gestellt. Diesem Konzept zufolge steht die Sozial- und Wirtschaftsordnung zur Disposition der Gesellschaft, die über das Medium rechtsstaatlich verfaßter Institutionen handelt. Dem politischen Historismus mit seinen innen-, deutschland- und außenpolitischen Folgerungen wird die Vision der Aufhebung fremdbestimmter und entfremdeter Politik bei gleichzeitiger prozeßhafter Mitbestimmung der sozioökonomischen Herrschaftsverhältnisse und (vor allem) bei gleichzeitiger Konservierung bürgerlich-revolutionärer Institutionen und Normen (wie der Verfassungs-/Rechtsstaatlichkeit und der individuellen sowie sozialen Freiheits- und Teilhaberrechte) gegenübergestellt.

Damit hat eine praktische Kritik der neokonservativen Geschichtspolitik zum Inhalt, die besondere deutsche Verpflichtung gegenüber dem Nationalsozialismus als politische Verpflichtung zur pluralistisch-kritischen Demokratisierung und als wissenschaftliche Aufgabe zur Aufklärung aufzufassen. Über dieses Minimalverständnis hinaus beinhaltet die praktische Kritik vor allem auch, daß die potentiellen Träger derartiger Kritik (insbesondere SPD, DGB und „Grüne“) in sich stimmig der oben genannten Vision entsprechen.

Angesichts einiger lebensphilosophisch-irrationaler und „aussteigerischer“ Tendenzen unter den Alternativen, angesichts einiger nicht-aufgeklärter Konfliktformen zwischen Sozialdemokratie und „Grün-Alternativen“, angesichts der Irritationen um die „Neue Heimat“ erweist sich letztlich (und das heißt zuallererst), daß die Kritik des politischen Historismus wissenschaftlich und politisch sehr konkrete Formen anzunehmen hätte, um praktisch demokratisierend wirken zu können. In diesem Sinn ist der politische Historismus als umfassende Verpflichtung zu betrachten.

---

5 Max Horkheimer, „Die Juden und Europa“, in: Zeitschrift für Sozialforschung, 8 (1939), S. 115-137, hier S. 116. 132.

6 Vgl. Hermann Heller, Gesammelte Schriften H, Leiden 1971, S. 443 ff.: dass., Bd. HL S. 208 ff., 234 ff. Zur Diskussion Hellers vgl. Christoph Müller, Ilse Staff (Hrsg.), Der soziale Rechtsstaat, Baden-Baden 1984 (auch gekürzt: Frankfurt 1985).